

Aufruf

Wissenschaft für Beteiligung an der bestmöglichen Lösung des Atommüllproblems

Die Energiewende ist eine große Chance für die zukunftsfähige Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Oberste Priorität kommt dabei dem Aufbruch in eine neue Energiezukunft zu, bei der die erneuerbaren Energieträger die altgedienten atomaren und fossilen Energietechniken definitiv ablösen. Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft, auch wenn noch etliche technische, organisatorische und ökonomische Fragen zu klären sind. Die BRD kann zu einem Vorbild für die Energieversorgung vieler Länder werden – und inzwischen sind etwa 400.000 Arbeitsplätze in diesem Sektor entstanden.

Zu diesem vorbildlichen Weg gehört auch, dass Irrtümer und Sachzwänge der Vergangenheit aufgenommen und bestmöglich bewältigt werden. Dazu gehört in erster Linie die so genannte "Entsorgung" von Abfällen, insbesondere jene der radioaktiven Abfälle.

Diese Frage ist nicht nur mit enormen technischen, politischen und finanziellen Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft verbunden, sondern auch mit hohen Risiken für uns und zukünftige Generationen. Die Entsorgung und Endlagerung des seit 40 Jahren produzierten Atommülls und der Rückbau der Atomkraftwerke macht eine große gesellschaftliche Übereinkunft notwendig, wie mit diesem gefährlichen Material umgegangen werden soll, in welcher Art und Weise und an welchem Ort die bestmögliche Herangehensweise gefunden werden kann.

Der Bundestag hat mittlerweile ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Grundlage für die Suche nach einer solchen Lösung geschaffen wird. In einem ersten Schritt soll eine Kommission, in der 33 Persönlichkeiten aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vertreten sein sollen, Lösungsvorschläge erarbeiten. In dieser Kommission vertreten acht Personen die Wissenschaft.

Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima haben mehr als 1.300 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen Aufruf zum Ausstieg aus der Atomenergie unterschrieben. Das zeugt von der Bereitschaft einer kompetenten Personengruppe, sich in die Diskussion des Umgangs mit der Atomenergie und ihren Folgen einzumischen.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen und Tätigkeiten melden sich nun erneut zu Wort. Die Suche nach der bestmöglichen Verfahrensweise bei den Endlagerproblemen geht uns alle an. Sie verlangt nach der Intervention einer verantwortungsbewussten, der Gesellschaft und ihren Problemen zugewandten Wissenschaft. Wir werden die Weichenstellungen der Kommission und die Beschlüsse des 18. Deutschen Bundestages aufmerksam beobachten und wenn erforderlich kommentieren oder hinterfragen. Wir stehen Gesellschaft, Politik und Behörden mit Rat und Expertise zur Verfügung.

Die Initiative zur Beteiligung der Wissenschaft an der Endlagerfrage ist überparteilich, interdisziplinär und demokratisch. Wir wollen uns daran beteiligen, die Entscheidungsverfahren transparent zu machen, das Vertrauen in die Entscheidungsträger zu mehren, den Konsens zu fördern und sicherzustellen, dass alle Argumente und Optionen in den Lösungsweg Eingang finden.

Wir alle sind mitverantwortlich für eine bestmögliche Herangehensweise, auch wenn die meisten von uns nicht an der Entstehung des Problems beteiligt waren oder sind.

Wir müssen einen Weg gezielt finden, denn ein Vertagen des Problems auf die nächsten Generationen ist verantwortungslos.

Wir müssen mit dem Problem so gut wie möglich umgehen, denn wer verursacht muss auch Verantwortung übernehmen.

Es ist zu spät um Pessimist zu sein. Die Abfälle sind da. Wir werden aktiv.

Unterschriften:

Name/Titel oder Tätigkeitsbereich, Ort